
Protokoll
über die 20. Sitzung des Ausschusses für Bauen, Stadtentwicklung und Verkehr am
03.03.2016

Beginn: 17:30 Uhr
Ende: 19:10 Uhr
Ort: Stadthaus, Am Packhof 2-6, Raum 1.029

Anwesenheit

Vorsitzender

Klinger, Sven
entsandt durch CDU-Fraktion

1. Stellvertreter des Vorsitzenden

Badenschier, Rico Dr.
entsandt durch SPD-Fraktion

2. Stellvertreter des Vorsitzenden

Walther, André
entsandt durch Fraktion DIE LINKE

ordentliche Mitglieder

Block, Wolfgang
entsandt durch Fraktion DIE LINKE
Brauer, Hagen Dr.
entsandt durch AfD-Fraktion
Fischer, Frank
entsandt durch SPD-Fraktion
Forejt, Manfred
entsandt durch CDU-Fraktion
Friedrich, Jürgen
entsandt durch Fraktion BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN
Teubler, Ulrich
entsandt durch Fraktion Unabhängige Bürger

stellvertretende Mitglieder

Auer, Robert Wilhelm

beratende Mitglieder

Dittner, Erika

entsandt durch Behindertenbeirat

Reinke, Karl

entsandt durch Seniorenbeirat

Verwaltung

Böcker, Geert

Hawel, Heiko

Künze, Volker

Nottebaum, Bernd

Reinkober, Günter Dr.

Symank, Jana

Wollenteit, Hartmut

Gäste

Otto, Stefanie

Leitung: Sven Klinger

Schriftführer: Monika Fender

Festgestellte Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung
2. Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 19. Sitzung vom 18.02.2016 (öffentlicher Teil)
3. Mitteilungen der Verwaltung
4. Beratung zu Beschlussvorlagen aus dem Hauptausschuss (öffentlich)
5. Beratung zu Anträgen aus der Stadtvertretung (öffentlich)
6. Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung

Bemerkungen:

Hr. Klinger, der Vorsitzende, eröffnet die 20. Sitzung des Ausschusses für Bauen, Stadtentwicklung und Verkehr. Er begrüßt die Ausschussmitglieder, die Mitglieder der Verwaltung und die Gäste. Die ordnungsgemäße Ladung, sowie die Beschlussfähigkeit werden festgestellt.

Hr. Block macht darauf aufmerksam, dass es in der SVZ ein Artikel zum Neubau einer Tankstelle in der Ratzeburger Str. gab, zu dem der Bauausschuss heute tagen soll. Dieser Tagesordnungspunkt ist aber im nicht öffentlichen Teil, sodass möglich interessierte Bürger keine Informationen zu dem Vorhaben erhalten können.

Da jedoch keine Bürger anwesend sind, verbleibt der Tagesordnungspunkt im nicht öffentlichen Teil.

zu 2 Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 19. Sitzung vom 18.02.2016 (öffentlicher Teil)

Bemerkungen:

Hr. Friedrich wünscht um Änderung des Punktes 5.4. Zum einen soll das Gesetz Vermessungs- und Katastergesetz in das Naturschutzausführungsgesetz umgeändert werden. Des Weiteren soll das Abstimmungsergebnis gestrichen werden, da die Vorlage von den Ausschussmitgliedern nur zur Kenntnis genommen wurde.

Unter Berücksichtigung dieser beiden Änderungen wird das Protokoll der 19. Sitzung (hier: öffentlicher Teil) ohne Enthaltung bestätigt.

zu 3 Mitteilungen der Verwaltung

Bemerkungen:

Hr. Wollenteit berichtet nach § 36 BauGB zum Gemeindlichen Einvernehmen bei Bauverfahren. Nach der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichtes ist in Fällen, in denen wie in Schwerin die Gemeinde zugleich Trägerin der Baugenehmigungsbehörde ist, §36 BauGB nicht anwendbar. Das bedeutet, dass es einer förmlichen Erteilung eines gemeindlichen Einvernehmens nicht Bedarf. Zuständig für die Beurteilung und Entscheidung der Bauanträge ist einzig die Oberbürgermeisterin. Diese kann sich aber mit städtischen Gremien beraten. Auch das Verwaltungsverfassungsgericht hat bestätigt, dass Voten von städtischen Gremien möglich sind.

Um nun möglichst schnell zu einer einheitlichen Entscheidung zu kommen, hat es sich im Rahmen der Planungshoheit bewährt, die Befreiungen lediglich in diesem Gremium vorzustellen und zu beurteilen. Nach der Hauptsatzung Schwerins ist es aber auch möglich dass der Hauptausschuss oder die Stadtvertretung dazu beschließt. Momentan wurde es so gehandhabt, dass die rechtliche Bewertung des Bauausschusses den Mitgliedern des Hauptausschusses oder der Stadtvertretung zur Kenntnis gegeben wurde. Grundsätzlich wäre es auch möglich, dass nur die Oberbürgermeisterin alleine über die Bauanträge beschließt. Das bisherige Verfahren solle aber so beibehalten werden. Zu beachten ist nur, dass nur planungsrechtliche Belange für die Ablehnung eines Einvernehmens in Frage kommen.

Hr. Block bemerkt, dass die Befreiungen aus seiner Sicht auch gar nicht mehr im Bauausschuss vorgestellt werden müssten, doch die Mehrheit der Mitglieder hat sich dafür ausgesprochen. Die meisten Bauvorhaben sind unstrittig.

Hr. Nottebaum ist ebenfalls der Ansicht, dass das bisherige Verfahren weiterhin so angewandt werden sollte.

Hr. Dr. Brauer ergänzt, dass dieses Verfahren auch eine Erleichterung für die Verwaltung darstellt.

Hr. Dr. Reinkober bejaht dies. Außerdem habe die Verwaltung bei einigen Bauvorhaben in der Erhaltungssatzung auch den Wunsch, sich mit dem Gremium auszutauschen.

Hr. Böcker stellt anhand einer Präsentation die Probleme zur Abstimmung zwischen Regionalbussen und dem Nahverkehr Schwerin vor. Eine große Problematik besteht darin, dass viele Regionalbusse nur wenige Passagiere aufweisen. Daher erfolgte im Januar und noch einmal im Februar 2016 eine Erhebung am ZOB. Daraus ergab sich, dass tagsüber ca. 80 Regionalbusse am ZOB ankommen, aus denen in der Summe ca. 350 Passagiere aussteigen. Nur ein minimaler Anteil davon möchte mit der Eisenbahn weiterfahren. Die Ankünfte der Regionalbusse am Marienplatz hingegen haben sich von 2014 zu 2015 reduziert, sowie die Anzahl der Passagiere. Dies ergibt einen sehr geringen Durchschnitt der Passagiere von 1,6 pro Regionalbus.

Hr. Block bemerkt, dass am Schlossblick viele Passagiere aus den Regionalbussen aussteigen würden.

Hr. Böcker teilt mit, dass der Verwaltung dazu keine Zahlen vorliegen.

Hr. Dr. Badenschier macht darauf aufmerksam, dass ein Durchschnitt der Passagiere von 1,6 doch in Ordnung sei. Bei einer Erhebung der Passagiere für die Buslinie 7 war ein Durchschnitt von 0,8 auch als positiv gewertet.

Hr. Nottebaum weist daraufhin, dass dies im keinen Verhältnis zueinander steht und daher anders gewertet werden müsse. Es muss darauf geachtet werden, dass die Regionalbusse den Marienplatz wesentlich mehr belasten.

Hr. Teubler wünscht zu erfahren, inwieweit bei der Erhebung eine Unterscheidung in den Richtungen durchgeführt wurde.

Hr. Böcker teilt mit, dass am Marienplatz nur alle Busse aus Richtung Süden kommend gezählt wurden. Am Hauptbahnhof wurden Busse aus allen Richtungen kommend gezählt.

Hr. Nottebaum berichtet zum Widerspruch Schlossbuchtanleger. Die sofortige Vollziehung wurde durch das Verwaltungsgericht aufgehoben. Dagegen hat die Verwaltung am Montag, den 29.02.2016 Beschwerde eingelegt. Eine Entscheidung wird bis Mitte März 2016 erwartet. Sofern die sofortige Vollziehung wieder möglich ist, wird sofort mit dem Bau begonnen. Des Weiteren wird informiert, dass sich die Verwaltung bei zwei Bundesförderprogrammen beworben hat. Dabei wurden Städtebaufördermittel in Höhe von 3,5 Mio. € für die Erneuerung der Volkshochschule gewährt. Das Projekt wird noch einmal genauer in einem der nächsten Ausschüsse für Bauen, Stadtentwicklung und Verkehr vorgestellt.

Hr. Hawel stellt anhand einer Präsentation die Optimierung des Radverkehrs in der Lübecker Straße und der Gadebuscher Straße vor. Zurzeit werden noch Gasleitungen beim DVZ verlegt. Danach soll eine Optimierung der Signalisierung erfolgen. In welcher Form wird noch geprüft. Ziel ist es innerhalb eines Jahres den Radfahrer stadtauswärts vor der Kreuzung gesichert auf der Straße bis Höhe Lankower Straße zu führen. In diesem Bereich soll dann auch eine Mittelinsel errichtet und das Abbiegen/Wenden erleichtert werden. Es wurde also schon mit der Maßnahme begonnen, es kann jedoch nicht alles sofort erfolgen.

Hr. Block wünscht zu erfahren, ob die Maßnahme auch im Radwegekonzept aufgenommen ist. Außerdem bittet er um Aufstellung der Kosten für diese Maßnahme.

Hr. Hawel verneint dies. Die Kosten bestehen aus Markierungs- und Ausbesserungsarbeiten. Eine genaue Zahl kann aber nicht benannt werden.

Hr. Nottebaum ergänzt, dass dies ein gemeinsames Konzept mit der SDS ist. Die Angaben zu den Kosten werden noch nachgereicht.

Hr. Fischer bittet um Erläuterung des einzusetzenden Keils. Ähnelt dieser dem in der Büdner Straße.

Hr. Hawel verneint dies. Der Radweg wird auf einer Länge von 15 m verbreitert (Ausfahrrampe). Die beiden Fahrspurbreiten verringern sich nicht. Die Verwaltung ist rechtlich dazu verpflichtet den Radfahrer sicher in Knotenpunkten, i.d.R. auf der Straße zu führen.

Hr. Teubler wünscht zu erfahren, ob eine Pflicht gegenüber der Radfahrer besteht, diesen Weg zu fahren.

Hr. Hawel bemerkt, dass der Radfahrer auch die Ampel nutzen kann, allerdings handelt es sich hier um 4 Abschnitte die überquert werden müssen.

Hr. Teubler möchte erfahren, ob der Radweg auch in der Lübecker Straße in Richtung zur Schwimmhalle Lankow erneuert wird.

Hr. Hawel teilt mit, dass auch dort nach einer geeigneten Lösung gesucht wird.

Hr. Nottebaum ergänzt, dass zunächst der Aufstellungsbeschluss zum Obotritenring abgewartet werden soll. Danach kann an anderer Stelle die Wegekonzepte verbessert werden.

Hr. Klinger bittet um Auskunft, ob das Radwegekonzept älter ist, als die gesetzliche Regelung zur Erneuerung der Radwege.

Hr. Nottebaum informiert darüber, dass das Radwegekonzept der Stadt deutlich älter ist als die gesetzliche Regelung. Das Radwegekonzept der SDS hingegen ist noch aktueller, zählt aber nicht zu dieser Maßnahme.

Hr. Hawel ergänzt, dass die Verwaltung den Auftrag aus der Stadtvertretung bekommen hat, die Knotenpunkte für die Radfahrer zu optimieren. Dabei muss aber auch der Konflikt zwischen Fußgänger und Radfahrer beachtet werden.

Hr. Fischer möchte erfahren, warum bereits mit der Maßnahme begonnen wurde und jetzt erst im Ausschuss vorgestellt wird.

Hr. Hawel teilt mit, dass es eine deutliche Kostenersparnis gibt, wenn jetzt mit der Maßnahme begonnen wird.

Hr. Nottebaum ergänzt, dass es an der Stelle schon eine bestehende Baustelle gibt. Daher wäre es von Vorteil die Radwege gleich mit zu optimieren. Fraglich ist noch, ob die Zeitschiene eingehalten werden kann. Sollte der Ortsbeirat oder der Behindertenbeirat erhebliche Kritik an der Maßnahme äußern, könnte diese auch noch verändert werden.

Hr. Dr. Badenschier wünscht zu erfahren, ob diese Maßnahme auch mit der Oberen Verkehrsbehörde abgestimmt wurde.

Hr. Nottebaum macht darauf aufmerksam, dass eine Beteiligung der Oberen Verkehrsbehörde in diesem Verfahren nicht notwendig sei.

Hr. Klinger bittet um Auskunft zum derzeitigen Sachstand des Bauvorhabens Eigenheim Lankow.

Hr. Nottebaum informiert, dass von mehreren Mitgliedern der Stadtvertretung, sowie dem Eigentümer des Internatsgebäudes mit seinem Rechtsanwalt, Beschwerde zu den Baumfällungen eingereicht hat. Daraufhin hat der Investor die Baumfällung vorerst auf September 2016 verschoben. Bis dahin soll auch das Planungsverfahren zum B-Plan abgeschlossen worden sein, sodass die Fällgenehmigungen von der unteren Naturschutzbehörde erteilt werden kann. Es erfolgt dann auch eine Aufklärung an die Mitglieder der Stadtvertretung und sonstigen Ausschüssen.

Hr. Dr. Reinkober ergänzt, dass momentan die Ämter zum Verfahren am B-Plan beteiligt wurden. Sobald dann der Offenlagebeschluss rechtskonform ausgelegt wurde, erfolgt eine Vorstellung in den jeweiligen Ausschüssen.

Hr. Klinger regt an, dass auch Private mit deren Anwälten im Ausschuss angehört werden sollten. Ein streitiges Verfahren muss verhindert werden, damit das Gebiet für junge Familien entwickelt werden kann.

Hr. Friedrich regt an, dass dabei auch die Widersprüche zum bisherigen Entwurf des städtebaulichen Vertrages erläutert werden sollten.

Hr. Nottebaum bestätigt, dass dies genauer vorgestellt wird.

Hr. Forejt wünscht zu erfahren, inwieweit eine Information zum Ausbau der Bundesstraße 321 in Mueß erfolgen kann.

Hr. Nottebaum teilt mit, dass zu diesem Vorhaben zurzeit das Planfeststellungsverfahren läuft. Dieses wird voraussichtlich ein Jahr lang dauern bis zur Fertigstellung. Eine Anwohnerversammlung erfolgte bereits gemeinsam mit dem Bund, welcher sich auch an den Kosten beteiligen wird. Insofern wird ein 4 spuriger Ausbau als positiv für die Anlieger gewertet.

Hr. Dr. Badenschier möchte den derzeitigen Sachstand zur ehemaligen Fokkerhalle erfahren.

Hr. Nottebaum berichtet darüber, dass sich noch zwei Interessenten zur engeren Auswahl stehen.

Für eine endgültige Entscheidung soll ein gemeinsamer Termin mit der Verwaltung und den drei Vorsitzenden der Ausschüsse, welche dem Dezernat III untergliedert sind, erfolgen. Als voraussichtlicher Termin ist der 10.03 oder 11.03.2016 vorgesehen. Der Zuschlag soll danach von der Stadtvertretung beschlossen werden.

zu 4 Beratung zu Beschlussvorlagen aus dem Hauptausschuss (öffentlich)

zu 5 Beratung zu Anträgen aus der Stadtvertretung (öffentlich)

zu 6 Sonstiges

gez. Sven Klinger

Vorsitzende/r

gez. Monika Fender

Protokollführer/in